



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24884-89
Fernschreiber 0866950

P/XII/44 - 21. Februar 1957
Hinweise
auf den Inhalt:

Zu den Pariser Vereinbarungen der Regierungschefs	S. 1
Die Lehren von Venedig/ Nachwort zum Kongress der Yenni-Sozialisten	S. 3
Zwischenbilanz von Ollenhauers USA-Reise	S. 5
Wahlabsprache zwischen DP und BHD?	S. 7
Arnolds Anklagerede gegen die FDP	S. 9

Offene Fragen

G.M. Die wenigen Informationen, die bisher der deutschen Öffentlichkeit über das Ergebnis der Pariser Konferenz der Regierungschefs und Außenminister der sechs Montanunion-Länder gegeben wurden, gestatten selbstverständlich heute noch keine umfassende Analyse des "grundsätzlichen Übereinkommens", das man in der Französischen Hauptstadt zu den Fragen des gemeinsamen europäischen Marktes erzielt haben will. Es sei denn, man wolle sich, wie es vielfach geschieht, mit der schon üblich gewordenen Redensart des Herrn Bundeskanzlers, die er im Anschluss an seine Pariser Reisen von sich zu geben pflegt; mit den Redensarten, er habe wieder einmal einen "grossen Schritt nach Europa" getan und einen "grossen aussserpolitischen Erfolg" errungen.

Feststehen dürfte jedoch schon jetzt, dass sich die Bundesrepublik bereiterklärt hat, für die Angleichung der Überseegebiete an den gemeinsamen europäischen Markt den Löwenanteil zu übernehmen. Die deutsche Beteiligung an diesem Geschäft liegt bei etwa 800 Mill. Mark in fünf Jahren. In welcher Form und zu welchem Zeitpunkt diese Summe gezahlt werden müsste, ist noch nicht klar. Sie hat während dieser Pariser Konferenz nicht wenige Bemerkungen darüber gegeben, wie elegant Frankreich es versteht, sein in allen Tagen krachendes Kolonialreich in ein teil-europäisches Marktystem einzukaufen. Bei Licht betrachtet scheinen diejenigen Recht zu behalten, die im Dunkel der Konferenzkulissen - auch bei den Vorverhandlungen - schon gesagt haben, Frankreich mache

ein glänzendes Geschäft.

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hatte bereits am Dienstag dieser Woche die mangelnde Informierung des Bundestages durch die Regierung beanstandet. Kaum 24 Stunden später, offenbar getrieben vom schlechten Gewissen, kündigte der CDU-Abgeordnete Furler an, man werde in der kommenden Woche einen Unterausschuss zur Examinierung aller mit dem von Dr. Adenauer jetzt in Paris gebilligten Vereinbarungen einsetzen. Diese Ankündigung kommt reichlich spät, denn wie aus Paris verlautet, sollen bereits Anfang März die Verträge für den gemeinsamen Markt und Euratom unterschiftsreif den Regierungschefs der beteiligten Länder vorgelegt werden. Ob der angekündigte Unterausschuss des Bundestages in der Lage sein wird, bis dahin auch nur annähernd die zahlreichen Probleme des gemeinsamen europäischen Marktes mit ihren wirtschaftlichen und politischen Aspekten zu prüfen und zu überschauen, ist mehr als zweifelhaft.

Es mag sein, dass die wirtschaftlichen und auch politischen Probleme der Pariser Vereinbarungen über den gemeinsamen europäischen Markt für Frankreich oder Belgien nicht so heikel sind wie für die Bundesrepublik. Die Regierungen dieser Länder sind die Repräsentanz ihrer ganzen Nation. Die Regierung der Bundesrepublik - ganz gleich, vor wem sie geführt wird - muss bei allem, was sie tut, von der Tatsache der gespaltener Nation ausgehen. Ein gemeinsamer Markt, lediglich auf Westeuropa und die einigen westeuropäischen Staaten angeschlossenen Kolonialgebiete begrenzt, könnte unter Umständen die Gefahr des Entstehens einer durch internationale Verträge in der Praxis sich auswirkenden Zollgrenze zwischen den beiden Teilstaaten Deutschlands heraufbeschwören. Was auf der einen Seite also in Interesse des Zusammenwachstums Europas - ein gemeinsamer europäischer Markt - gut zu heißen wäre, könnte auf der anderen Seite die Spaltung Deutschlands und damit auch Europas so festlegen, dass die Wiedervereinigung immer schwieriger wird.

Ein anderes Problem ist für die Bundesrepublik ebenfalls komplizierter, als für die übrigen Vertragspartner eines gemeinsamen Marktes. Die Bundesrepublik hat keine Kolonien. Seit 1918 gehört Gesamtdeutschland nicht mehr zu den Staaten mit Kolonialbesitz. Deutschland ist infolgedessen in den vergangenen Jahrzehnten nicht an den zermürbenden Kolonialauseinandersetzungen beteiligt gewesen, die Frankreich und andere Vertragspartner so ausserordentlich stark belastet haben. Daraus ergab sich für Deutschland nur Vorteil, in den Kolonialgebieten sein Ansehen ständig steigern zu können. Die enge Verbindung der deutschen Wirtschaft mit den Resten der Kolonialwirtschaft anderer Vertragspartner, könnte die gute deutsche Position und das Ansehen Deutschlands in Afrika und auch in anderen Erdteilen stark kompromittieren.

Sicher wird in nächster Zeit über das Ergebnis der Pariser Vereinbarungen der westeuropäischen Regierungschefs noch manches Wort zu sagen sein. Vielleicht können die jetzt folgenden Beratungen in den Parliamentsausschüssen das "regierungsamtliche" Ergebnis abklären helfen. In jedem Falle aber sollte darauf geachtet werden, dass der Begriff "Europa" nicht wieder mit einer schweren Hypothek belastet wird. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion wird energisch alles fördern, was zur Klärung des Gesamtproblems beiträgt. Ihre endgültige Stellungnahme zu den Vereinbarungen von Paris dürfte davon abhängig sein, ob es bei den nun folgenden Beratungen gelingt, dem Vertragswerk soviel echte europäische Substanz wie möglich zu geben.

Optimismus um Nenni

P.E. Rom, Ende Februar

Noch immer bildet der Ausgang des sozialistischen Parteikongresses in Venedig mit seinem nicht minder überraschenden Nachspiel das Tagesgespräch aller an den politischen Entwicklungen in Italien interessierten Kreise - mit Recht, denn es handelt sich hier um Vorgänge, die in vieler Hinsicht - politisch wie psychologisch - von grosser Bedeutung sind.

Während des ganzen, eine Woche andauernden Kongresses schien kein Zweifel darüber zu bestehen, dass Pietro Nenni über alle ihm gegnerisch gesinnten Elemente in der Partei einen klaren, unbestrittenen Sieg davongetragen habe. Nicht nur wurde seine eigene Rede, in der er mit bisher noch nie erlebter Schärfe die Fehler und Verwerflichkeiten der sowjetischen Politik, aber auch die Fehler des bisherigen sozialistischen Kurses im Fahrwasser der Kommunisten brandmarkte, stürmisch akklamiert. Auch im weiteren Verlauf des Kongresses galt der lebhafteste Beifall des Saales allen denjenigen Rednern, die das Massaker in Ungarn verurteilten und die zur Einigung mit der sozialdemokratischen Partei aufriefen, während die vereinzelt Lebpreiser des Kommunismus mit kaum verhohlener Ablehnung angehört wurden. Die von Nenni vorgeschlagene Schlussresolution, die durchaus dem Inhalt seiner Rede entsprach, wurde von Plenum des Kongresses einstimmig angenommen.

Umso verblüffter war die gesamte Öffentlichkeit, als es sich dann bei den Wahlen in das neue Zentralkomitee herausstellte, dass Nenni und seine Anhänger nicht nur die Mehrheit, sondern nicht einmal die Hälfte der Stimmen und damit der Stimmzahl hatten. Es war dem "Apparat" der Parteibürokratie, der grossenteils gegen die von Nenni beabsichtigte Neuorientierung der sozialistischen Politik eingestellt ist, durch geschicktes Manövrieren gelungen, dieses unerwartete Ergebnis herbeizuführen und damit Nenni einen schweren Schlag zuzufügen. Da aber vollzog sich die unvorhergesehene neue Wendung: Den Männern, die es soeben fertiggebracht hatten, Nenni eine klare Niederlage zuzufügen, fehlte es plötzlich an Mut, aus ihrem Triumph auch die Konsequenzen zu ziehen. Nenni, der Besiegte dieses Kongresses, wurde im Nachhinein wiederum zum Sieger, und zwar auf Grund des ausserordentlichen persönlichen Prestiges, das dieser Mann bei den breiten Massen

der sozialistischen Wählerschaft, aber darüber hinaus auch in weiteren Kreisen der nicht-sozialistischen italienischen Öffentlichkeit genießt.

Es genügte, dass Nenni unmissverständlich zu verstehen gab, er wolle aus den Wahlergebnissen die Konsequenzen ziehen, auf die Stellung eines Parteisekretärs verzichten und "sich nach Formig zurückziehen", in jenen Badeort unweit von Neapel, wo er seit Jahren ein Landhaus besitzt. Dass eine Sozialistische Partei Italiens ohne Nenni an führender Stelle heutigentags gar nicht denkbar ist - diese Einsicht aller massgebenden Persönlichkeiten der Partei war stärker als jeder Meinungsgegensatz, und so setzte nun plötzlich ein wahrer Pilgerzug von Funktionären nach jenen Zimmern im Albergo Luna in Venedig ein, wo Pietro Nenni sein Hauptquartier aufgeschlagen hat. Die Sieger entschuldigten sich bei dem Besiegten für ihren Sieg, und Nenni sparte den jüngeren Freunden gegenüber nicht mit hartem Worten der Kritik. Er begann Bedingungen zu stellen, ja zu diktiert, und seinen Widersachern blieb nichts anderes übrig, als auf seine Forderungen zum grössten Teil einzugehen.

Nach langwierigen Verhandlungen kam es so zu einer Zusammensetzung des neuen Parteivorstandes, die das Kräfteverhältnis zwischen Nenni und der Opposition neuerlich umkehrte. Nicht nur wurde Nenni selbst als Oberhaupt der Partei von neuem bestätigt, sondern in den Vorstand wurde auch eine ausreichende Zahl von deklarierten Nenni-Anhängern berufen, damit er in diesem Vorstand nicht in der Minderheit sei. Die Frage der sozialistischen Wiedervereinigung, die im ersten Augenblick nach den überraschenden Wahlergebnissen von Venedig auf's Schwerste gefährdet erschien, wird von den meisten Beobachtern jetzt wieder mit bei weitem grösseren Optimismus beurteilt.

Zwei Dinge hat der Kongress von Venedig jedenfalls gelehrt: niemand bezweifelt jetzt mehr den ehrlichen Willen Nennis, seine Partei auf den Weg der Demokratie zurückzuführen und die Wiedervereinigung mit den Sozialdemokraten zu verwirklichen; zweitens aber dürfen gerade die Fraktionskämpfe innerhalb der Partei als ein erfreuliches Symptom für deren Demokratisierung gewertet werden. So spiegelt sich bereits in dem Wiederaufleben der freien Diskussion die Loosung der italienischen Sozialisten von dem kommunistischen Vorbild auf das Deutlichste wieder, und diese Tatsache ist für sich allein schon ein gutes Omen für die zukünftige Entwicklung dieser Partei.

"Ollenhauer ist ein zuverlässiger Mann"

Die politische Informationsreise Erick Ollenbauers nach den Vereinigten Staaten findet in zunehmendem Maße in der Presse der USA ungeteilte Aufmerksamkeit. Fast alle grossen Zeitungen, auch diejenigen, die der Haltung der SPD skeptisch gegenüberstehen, haben Ollenbauers Bild, seinen Lebenslauf und die wichtigsten politischen Anliegen der SPD meist auf ihren Titelseiten veröffentlicht. Entsprechend der Tradition der amerikanischen Presse werden die entscheidenden Teile von Ollenbauers Ansprachen zunächst kommentarlos wiedergegeben und dann erst - je nach der Einstellung der betreffenden Zeitung - kommentiert.

"Man muss mit ihm und der SPD rechnen"

Über einstimmig finden sich die massgebenden Blätter in dem Urteil: Ollenbauer ist ein zuverlässiger Mann, man kann sich auf seine demokratische Grundsatztreue verlassen, man wird mit ihm und der SPD rechnen müssen. In sehr vielen Zeitungen kommt das Bedauern darüber zum Ausdruck, nicht schon viel eher, "aus erster Quelle", die Meinungen der SPD kennengelernt zu haben. Hierbei wird sowohl dem amerikanischen Aussenministerium wie auch der SPD selbst der Vorwurf gemacht, dieses "Kennenlernen aus erster Quelle" nicht schon früher ermöglicht zu haben.

Dieser freundliche Grundton bei der Aufnahme Ollenbauers und der Wiedergabe der von ihm bei zahlreichen Gelegenheiten dargestellten Auffassungen der SPD schliesst nicht aus, dass auch Vorbehalte gegenüber sozialdemokratischen Ansichten geäussert werden. Man hat es Ollenbauer jedoch sehr hoch angerechnet, dass er gleich in seiner ersten Presskonferenz nach der Ankunft in den USA erklärt hatte, er könne selbstverständlich nicht erwarten, dass die amerikanische Politik von heute auf morgen andere Wege gehen würde. Jensei unbestritten ist dagegen - und auch das kommt in zahlreichen Kommentaren über den Ollenbauer-Besuch zum Ausdruck - dass die amerikanische Politik nach anderen Wegen sucht, um aus der vieler Amerikanern langsam sinnlos erscheinenden Politik des Ausspiellens der militärischen Stärke heraus-

zukommen.

SPD-Vorschläge bleiben in der Diskussion

Die Vorschläge Ollenhauers - das ist heute schon mit Sicherheit zu sagen - werden nach dem Echo, das sie in der amerikanischen Presse gefunden haben, zu urteilen, Bestandteil der öffentlichen Diskussion auch in den Vereinigten Staaten bleiben. Wie stark der Eindruck ist, den Ollenhauers Besuch in den USA hinterlässt, geht aus einer Äusserung des Senators M. Mansfield, eines der massgebenden Männer der Demokratischen Partei hervor, der den Führer der Opposition einen Staatsmann nannte und sich somit dem Urteil anschliesst, das Ollenhauer auch anlässlich seiner grossen Asienreise stets begleitete.

Missglückter Störversuch

Die Versuche, besonders des CDU-Abgeordneten Kiesinger, den Eindruck von Ollenhauers Besuch in den Vereinigten Staaten durch kritisierte "Erläuterungen" abzuschwächen, sind missglückt. Die amerikanische Presse hat nur einmal von einer Kiesinger-Erklärung Notiz genommen, dann aber den Senatoren Adenauers totgeschwiegen. In politischen Kreisen wurde nicht selten Erstaunen darüber geäussert, dass man in der Bundesrepublik - mindestens bei der CDU - diese Art von "Aussenpolitik à la Kiesinger" für wirkungsvoll zu halten scheint.

"Einer reicht schon"

In zahlreichen Artikeln über Ollenhauer versucht die amerikanische Presse ausser dem Politiker auch den Menschen Ollenhauer darzustellen. Eine Chicagoer Zeitung weiss sogar eine Anekdote über Ollenhauer zu erzählen. So soll der Oppositionsführer bei einem Empfang von einem jungen amerikanischen Diplomaten gefragt worden sein, warum die SPD ihre Ziele nicht mit amerikanischen Propagandamethoden darstelle. Ollenhauer, heisst es, habe dem jungen Diplomaten verschnitzelt angesehen und dann trocken geantwortet: "Wissen Sie, wenn einer von uns Bundesrepublikanern mit sieben amerikanischen Diktatoren nach Hause kommt, reicht's schon." Sprack's und trank einen kräftigen Schluck. Der junge Diplomat - schreibt die Chicagoer Zeitung - soll ein ziemlich verdutztes Gesicht gemacht haben...

"Wie bei offiziellen Staatsbesuchen"

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass Ollenhauer in den Vereinigten Staaten eine Beachtung findet, wie sie meist nur bei offiziellen Staatsbesuchen registriert werden kann. Und das will gerade in den Vereinigten Staaten, wo offizielle Staatsbesuche nicht selten sind, viel bedeuten.

* * *

Kuhhandel - trotz Fünf-Prozent-Klausel

von Maria Meyer-Sevenich, M.d.L.

Die niedersächsischen Welfen und der BHE verhandeln zur Zeit über die Möglichkeit von Wahlabsprachen zwischen beiden Parteien. Ministerpräsident Hellwege, Chef der Deutschen Partei, versicherte der Presse: die DP rechne auch ohne jede Wahlabsprache mit wenigstens fünf Direktmandaten in Niedersachsen, so dass die Sperrklausel des Bundeswahlgesetzes seine Partei an sich nicht treffen könnte, - aber zugunsten des Partners (in concreto der Flüchtlingspartei!) sei die DP (also die Partei der alteingesessenen niedersächsischen Bauern im Lüneburgischen und im Stader Raum) bereit, eine Wahlabsprache mit dem BHE zu treffen. Der Führer der DP meint also, seine Partei sei prinzipiell daran interessiert, dass den Parteien ausserhalb der CDU und SPD keine Stimmen verloren gehen.

Dieses Motiv für eine Wahlabsprache mit der DP scheint auch der BHE-Vorsitzende, Minister v. Kopsch, klar ausgesprochen zu haben. "Die Welt" liess sich dieser Tage von einem Bonner Korrespondenten melden:

"Der WZ hat nach einer Prüfung der Wahlergebnisse der letzten Jahre festgestellt, dass in vielen Wahlkreisen Niedersachsens die Stimmenzahl für die Deutsche Partei und den BHE zusammen höher liegen als die anderer Parteien. Es handelt sich etwa um zehn Wahlkreise, die diese Voraussetzung aufweisen."

Wer die niedersächsischen Verhältnisse kennt, der kann sich der Tatsache nicht verschliessen, dass die Welfen hier als politische Kraft so tief eingewurzelt sind, dass es - angesichts des föderalen Aufbaues der Bundesrepublik zumal - ein sehr legitimes Anliegen ist, wenn sie im Deutschen Bundestag vertreten sein wollen. Dass das Bonner "Klima" ihre örtlichen Repräsentanten seit 1949 mehr und mehr verkümmern liess, bis sie wirklich geradezu ein Anhängsel der mächtigen CDU/CSU zu sein schienen, dass sie dann auch, dem Druck Adenauers nachgebend, zur "Gleichschaltung" der niedersächsischen Landesregierung beigetragen haben, das alles waren gewiss politische Schwächen und Fehler, die aber die Existenzberechtigung der Partei als solche nicht berühren, weil sie jederzeit reparabel sind. Die Deutsche Partei könnte - und das sogar über den engeren Bereich der Welfen hinaus - wirklich eine eigenständige politische Aufgabe erfüllen: als Partei des Landvolks im eigentlichen Sinne, der Bauern, einerseits - als

SPD-Pressedienst

P/XII/44

- 8 -

21.2.1957

Hüterin der Interessen des evangelischen Bevölkerungsteiles gegenüber der Schwerkraft des politischen Katholizismus innerhalb der sogenannten "Christlichen Union" andererseits. Dass die konservative Konzeption einer solchen Partei vom Wege irrt, wenn sie - wie wir es erlebt haben - den Versuch unternimmt, mit rechteradikalen Kräften zu konkurrieren, hat man bei den Wölfen in Niedersachsen längst begriffen.

Der BHE ist an sich ein schwieriges Kapitel. Denn allein die Flüchtlingseigenschaft eines Wählers ist - zumal heute, nachdem Millionen von ihnen eingegliedert sind, andere Millionen geradezu in einen "fünften Stand" herabgedrückt wurden - kaum aussreichend, seine Wahlentscheidung zu bestimmen. Nun sucht der BHE immer noch ein neues Konzept, das den natürlichen Abrücklungsprozess aufhalten könnte.

Einatweilén ist er aber in Gefahr, ein Opfer der Sperrklausel des Bundeswahlgesetzes zu werden. Wenn es zu Wahlenbräuchen mit der CDU/CSU käme, würde sich der BHE-Wähler gewiss verwundert die Augen reiben und fragen: Also weiter mit Kraft und Oberländer? Wahlenbräuchen mit der SPD sind bei einer bestimmten Kategorie von "Entrechteten", - deren Derkfähigkeit durch die Katastrophe von 1945 keine Belebung erfahren hat! - unerwünscht. Häufig haben gerade sie die Schlüsselstellungen in der Partei inne; und nicht die sozial Entrechteten.

Die CDU/CSU hat so leidenschaftlich um die Sperrklausel in Bundeswahlgesetz gekämpft. Angeblich um der Demokratie willen, die anders durch den "Kuhhandel der Parteien nach der Wahl gefährdet" werde. Gewiss, davon kann die CDU ein Liedchen singen. Aber hat man jetzt nicht einfach den Wähler in den Kuhhandel einbezogen; den Wähler, der von der Existenzberechtigung der Wölfenpartei oder auch des BHE überzeugt ist? Und übertrifft ein Kuhhandel, nach dem das Flüchtlingemütterchen einen DP-Bauern als "ihren Mandatsträger" in das Parlament schickt, nicht alles, was je dagewesen ist?

* * *

- 9 -

Der "Heilige" von gestern

sp - Mit einer donnernden Anklagerede, diesmal gegen die Freien Demokraten, seine früheren Koalitionspartner, hat sich der vor einem Jahr gestürzte Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold, wieder einmal in Szene gesetzt. Ob ihm wieder eine kundige Land Thema und Inhalt seiner Bielefelder Rede aufsetzte? Arnold hat seinen Sturz nie überwunden, mit Groll und Bitternis überschüttet er alle, die diesen Sturz herbeiführten. Das ist menschlich wohl verständlich, auch sein Bemühen, ein come back vorzubereiten, obwohl aller Voraussicht nach ein solches Bemühen von vornherein den Stempel der Erfolglosigkeit trägt. Er zerschlägt dabei die ohnehin dünnen Grundlagen, auf denen in vergangenen Zeiten sein Ansehen als Politiker - der frühere Deutschlandminister Lord Pakenham nannte ihn sogar einen "Heiligen" - beruhte.

Karl Arnold ist den Freien Demokraten bitterböse, weil sie "zu jedem Preis die Volkskräfte unserer Christlich-Demokratischen Union aus der Verantwortung drängen" und mit den Sozialisten künftig auch in Bonn gemeinsame Sache machen ... Dies sagt der gleiche Arnold, der, einem Bonner Gebot sich fügend, seinerzeit die deutsche Sozialdemokratie aus der Verantwortung im grössten Lande der Bundesrepublik ausschloss und sich so zum Handlanger der Bonner Gleichschaltung erniedrigte. Er klagt die Freien Demokraten an, die politische Luft in Deutschland zu vernebeln, "ziellos zu experimentieren und damit die Gesamtlage des deutschen Volkes zu gefährden". Welche Logik! Jahrelang sass Arnold mit diesen Regierungsstürzern und "bedenkenlosen Technikern der Macht" in einer Regierung zusammen und fand kein Haar in der Suppe der von ihm geführten Regierungskoalition. Scheint er hier der Devise zu folgen, dass alle, die ihm und dem Kanzler folgen, Kinder des Lichtes sind, aber dann ^{des} Teufels werden, wenn sie sich solcher erdrückenden Gefolgschaft entziehen?

Diese Art von Reden, zu denen sich der ehemalige Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen immer mehr zu einem Spezialisten recht fragwürdigen Rufes entwickelt, verpesten, um mit ihm zu reden, die politische Luft in Deutschland. Sie zeigen uns einen Mann, der um der Erhaltung der Macht willen die tollsten Purzelbäume schlägt und dem es auf die Wahrheit nicht mehr so genau ankommt. So gesehen erweist sich der Düsseldorfener Schüler seines Bonner Meisters wohl würdig.

+ + +